

— *Finanzstarke Kommunen zahlen weniger* —

NRW gibt nach beim umstrittenen Kommunal-Soli

Düsseldorf (lnw/gl). Das Land will einen größeren Anteil an der Sanierung der Finanzen hoch verschuldeter Städte übernehmen. In den kommenden sieben Jahren werde sich NRW mit zusätzlich mehr als 495 Millionen Euro an der Finanzierung der zweiten Stufe des Stärkungspaktes Stadtfinanzen beteiligen, teilte das Innenministerium gestern in Düsseldorf mit.

Damit wird die umstrittene Solidaritätsumlage – der Beitrag 59 reicher Kommunen zur Entlastung der ärmeren Städte – deutlich gesenkt. Mitte Oktober hatte die große Mehrheit dieser finanzstarken Städte eine Klage gegen den Kommunal-Soli angekündigt. Ihr Beitrag soll nun von ursprünglich 182 Millionen Euro auf 91 Millionen Euro pro Jahr gesenkt werden. Die restlichen 91 Millionen Euro sollen aus der Landeskasse kommen.

Von der Entscheidung profitieren auch heimische Kommunen. Weniger Solidaritätsumlage zahlen laut Innenministerium im Kreis Gütersloh die Städte und Gemeinden Halle (jetzt 2,6 Millionen Euro), Harsewinkel (1,7 Mio. Euro), Herzebrock-Clarholz (0,8 Mio. Euro), Langenberg (0,1 Mio. Euro), Rheda-Wiedenbrück (0,6 Mio. Euro), Rietberg (0,2 Mio. Euro), Schloß Holte-Stukenbrock (0,6 Mio. Euro), Steinhagen (0,9 Mio. Euro) und Verl (3,9 Mio. Euro). Im Kreis Warendorf sollen Oelde künftig mit 0,4 Mio Euro und Sendenhorst mit rund 85 000 Euro zur Kasse gebeten werden.

Der Harsewinkeler SPD-Landtagsabgeordnete Hans Feuß und der SPD-Landesvize Thorsten Klute (Versmold) begrüßten die Korrektur. Kritik äußerte der kommunalpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, André Kuper (Rietberg): „Rot-Grün sollte den Gesetzentwurf zurückziehen, anstatt weiter Flickschusterei zu betreiben“, sagte er.